

Der Strauß'sche Milliardenkredit – ein politischer Überraschungs-Coup Ein Mitglied des Haushaltsausschusses erinnert sich

Klaus Rose

Es ist gut dreißig Jahre her, dass die alte Bundesrepublik Deutschland nicht bloß durch den unerwarteten Regierungswechsel von den Sozialliberalen auf die Christliberalen, von Helmut Schmidt auf Helmut Kohl, erschüttert wurde. Auch die politische Duftmarke des Antagonisten Franz Josef Strauß mit seinem „plötzlichen“ Auftritt als Vermittler eines Milliardenkredits an die DDR-Staatsführung rüttelte am Politikverständnis der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Er, der Kommunistenfresser, an der Seite der verhassten SED? Er, der bayerische Ministerpräsident, als U-Boot gegen die neue Bundesregierung des ungeliebten Rivalen Kohl? Er, der nicht selten krummer Geschäfte verdächtige Amigo des Großkapitals jetzt als uneigennütziger Vorbereiter eines gutnachbarlichen Zusammenlebens der Deutschen in Ost und West?

Die politische Lage

Nach einem zeitlichen Abstand mehrerer Jahrzehnte wird der Blick klarer, auch für mich, der ich von 1978 bis 1994 Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages war. Das Jahr 1983 ist mir jedenfalls noch gut präsent. Dafür gab es viele Gründe, der Coup von Franz Josef Strauß ist nur einer. Ganz oben steht der glänzende Wahlsieg des neuen Bundeskanzlers Helmut Kohl im März 1983, nachdem dieser am 1. Oktober 1982 einen Regierungswechsel durch ein konstruktives Misstrauensvotum herbeigeführt hatte. Da rumorte es natürlich. Nachdem vorher die Zeit der sozialliberalen Koalition hochstilisiert war zum Beginn einer neuen Demokratie (Willy Brandt 1969: „Jetzt fangen wir mit der Demokratie erst richtig an“), zum Beginn eines ewigen Friedens (Willy Brandt als Friedens-Nobelpreisträger 1972) und zum Beginn eines gutnachbarlichen Verhältnisses beider deutscher Staaten BRD und DDR, also zum Ende der Wiedervereinigungspolitik und zum Verzicht auf die deutschen Ostgebiete (Willy Brandts „Kniefall“ in Warschau, Grundlagenvertrag, Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze), wurde jetzt die neue Regierung mit allerlei

Verdächtigungen überzogen: Die Kriegsgefahr wachse, der Revanchismus steige, die innere Freiheit werde bedroht (durch Innenminister Friedrich Zimmermann), der Kapitalismus feiere Urstände und die Reichen würden immer reicher, während „Bildung für alle“ vergessen sei. Den Gipfel linksliberaler Angriffslust und Überheblichkeit bildete die Art der Verächtlichmachung von Helmut Kohl als „tumben Toren“ und „provinziellen Spießer“ – nachdem Willy Brandt ja „Berliner“ und Helmut Schmidt „Hanseat“ war. Nicht bloß linke Politiker geiferten, sondern auch die damaligen Alleswisser in Spiegel, Stern oder sonstigen Gazetten und Magazinen.

Die Wirklichkeit lief anders ab. Nicht zuletzt wegen Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) setzte die neue Bundesregierung den „Kurs guter Beziehungen“ fort. Noch vor den Neuwahlen im März 1983 reiste der neue Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) zu einem offiziellen Besuch und zu einer Ausstellungseröffnung nach Magdeburg, wo er sich auch mit seinem Amtskollegen Wolfgang Junker traf. Eine Einladung Honeckers nach Bonn war in der Planung, wurde aber hinfällig, nachdem ein tödlicher innerdeutscher Grenzunfall bekannt geworden war. In der Bild-Zeitung wurde von „Mord“ geschrieben, der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß erwartete Verurteilung und Konsequenzen. Doch in Wahrheit bastelte er bereits an einem großen Coup. Denn nur acht Wochen später vermittelte Strauß dem notleidenden SED-Regime einen Bankenkredit über eine Milliarde Mark. Am 1. Juli 1983 wurde der Kreditvertrag in der Bayerischen Landesbank in München unterzeichnet. Die Bundesregierung verbürgte die Rückzahlung der Kreditsumme in voller Höhe. Im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages gab es aufgeregte Diskussionen.

Bundebürgschaft

Was ist eine Bürgschaft des Bundes? Normalerweise, und zwar fast seit der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, wurden riskante Exporte größeren Ausmaßes durch Exportkreditversicherungen des Staates zugunsten deutscher Exporteure und Kreditinstitute unterstützt. Man nannte diese nach den frühen Protagonisten auch „Hermesdeckungen“. Es handelte sich um eine Außenwirtschafts-

förderung, wie sie bei schwierigen Märkten üblich war und ist. Deutsche Unternehmen sollten vor Verlusten durch ausbleibende Zahlungen ihrer ausländischen Geschäftspartner (politische Risiken) geschützt werden. Als Absicherung galten Entgelte (Gebühren, Prämien). Die jeweilige Entscheidung wurde durch einen interministeriellen Ausschuss unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums getätigt. Mit dabei waren Bundesfinanzministerium, Auswärtiges Amt und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Es gab auch noch den Unterschied zwischen Ausfuhrbürgschaften (bei Regierungen) und Ausfuhrgarantien (bei Privatfirmen). Als Beispiel für das Jahr 2013 seien Bürgschaften bei der Lieferung von Siemens-Atomanlagen an China oder Tschechien (Temelin) oder von politisch umstrittenen Käfighaltungen erwähnt.

Waren die Bundesbürgschaften im Falle des Strauß'schen Milliardenkredits angebracht? Will man „politische Risiken“ als Bürgschaftsgrund heranziehen, ist die Gewährung verhältnismäßig plausibel. Es trafen ja auch zwei völlig unterschiedliche Wirtschaftssysteme aufeinander. Aber war die DDR Ausland? Tätigte man also ein Geschäft mit einem ausländischen Unternehmen oder gar einem souveränen Staat? Im Selbstverständnis von Strauß und seiner CSU gab es auch 1983 keine „zwei deutschen Staaten“, keine „souveräne DDR“, keine Bundesregierung, die das deutsche „Alleinvertretungsrecht des Grundgesetzes“ ausgehöhlt oder gar aufgegeben hätte. Ein Geschäft mit einem Unternehmen im Ausland war nicht gegeben.

Neue Akzente in der Deutschlandpolitik

Was also wollte Franz Josef Strauß? Die Bundesregierung Kohl-Genscher ärgern, auch wegen seines Alleingangs? Befreundete Firmen fördern, die im Export/Import-Geschäft auch vor der DDR nicht Halt machten? Einen medienpolitischen Coup landen, so wie wenige Jahre zuvor mit seiner großen China-Reise und den attraktiven Fotos mit Mao Zedong? Oder vielleicht alles zusammen? Im kleinen Kreis von CSU-Außen- und Haushaltspolitikern informierte Strauß über die Zahlungsschwierigkeiten der SED-Führung, die Abhängigkeit von der BRD, falls diese Kredite vermittele, auch über eine Annäherung der Verantwortlichen mit der Chance, „Gegengeschäfte“ zu machen.

Ich erinnere mich noch gut, dass Strauß sich freute, uns so einweihen zu können und ungläubiges Staunen zu sehen. Er wollte aber auch die Stimmungslage erkunden, da er ahnte, seiner Partei viel zumuten zu müssen. Ich selbst schlug mich bald auf die Seite der Befürworter, weil ich Anhänger einer „Besuchs- und Gesprächsdiplomatie“ war. Diese stellte ich mir nicht wie die enge Zusammenarbeit von SPD und SED vor, wohl aber wie Erleichterungen und Fortschritte in der Grenzzusammenarbeit. Ich hatte ja seit 1970 Erfahrung mit Besuchsreisen in den „Ostblock“ vom nahen Passau aus. Nicht zufällig kam es im Jahr 1983 zur Etablierung einer Universitätspartnerschaft Passau-Prag und zur Gründung einer Deutsch-Tschechoslowakischen Gesellschaft in Bad Füssing, was ich alles politisch-federführend initiiert hatte. Wer hören und sehen wollte, spürte schon lange, dass der monolithische „Ostblock“ löchrig war, dass er sehr viele Baustellen aufwies und dass vor allem die Sowjetunion selbst durch viele Probleme belastet war, unabhängig von der neuen „Weltraum-Geltung“ mithilfe der Satelliten. Schon in der ersten Ausgabe des von mir verantworteten neuen „JU-Reports“ 1971 beschrieb ich die „nationalen Schwierigkeiten in der UdSSR“, nachdem dort durch eine neue Volkszählung festgestellt worden war, dass erstmals seit der Gründung der Sowjetunion die Großrussen, das Hauptvolk der UdSSR, in die Minderheit gerutscht waren. Ich urteilte damals, dass „noch kein Reich, das durch Zwang geschaffen wurde, Bestand hatte“. Deshalb empfahl ich „aufmerksames Beobachten der sowjetischen Entwicklung“.

Das tat seit langem natürlich auch der CSU-Vorsitzende, der ja auch schon einmal Bundesverteidigungsminister war und mit deutschen oder befreundeten Geheimdiensten gut zurechtkam. Vom Naturrell her musste Strauß stets in Bewegung bleiben, immer etwas Neues präsentieren, auch außenpolitisch immer auf der Weltbühne agieren. Washington und Peking, aber auch Kapstadt oder Togo lagen in seinem Blickfeld. Warum nicht auch Moskau oder Prag und Warschau? Da kam Strauß oft zugute, dass er mit Großunternehmen Verbindungen pflegte. So gab es beispielsweise die in Rosenheim ansässigen Brüder März, die mit ihrer Fleischfabrik Marox schon seit langem im DDR-Geschäft tätig waren. Für diese war DDR-Ansprechpartner die Export/Import-Firma F. G. Gerlach in Ost-Berlin und diese Firma suchte den Kontakt zu Strauß. Sie besorgte trotz Embargos auch rüstungsrelevante Güter. Immer wieder brauchte man den obersten

Devisenbeschaffer der DDR, Alexander Schalck-Golodkowski – und mit diesem verstand sich Strauß später blendend.

Konsequenzen für die CSU

Tatsächlich hielt sich Franz Josef Strauß nicht bei dem Einmal-Coup eines „Milliardenkredits“ auf. Bereits im Juli 1983 reiste er, „privat“, durch die CSSR oder Polen und auch durch die DDR, wo er sich am 24. Juli 1983 sogar mit Erich Honecker traf. Alles belastete das Innenleben der CSU. Der von Strauß eingefädelte Kredit wurde am 29. Juni 1983 bekannt. Am 14. Juli 1983 hagelte es auf dem regulären CSU-Parteitag gewaltige Kritik. Manche glaubten sogar, Franz Josef Strauß zerstöre die CSU, zumindest ihre Glaubwürdigkeit. Denn die CSU war es, die die Einheit der Nation und die Hoffnung der Vertriebenenverbände auf ihre Fahnen geheftet hatte. Mit „den für Mauer und Stacheldraht Verantwortlichen“ durfte man unter keinen Umständen Geschäfte machen, war allgemeines Glaubensbekenntnis. Vor Ort halte man Reden zum 17. Juni und der oberste Boss reist zu den „Schlächtern“. Für die Bundestagsabgeordneten Franz Handlos aus Niederbayern und Ekkehard Voigt aus Schwaben war das zu viel. Ende 1983 gründeten sie, gemeinsam mit dem damals populären Redakteur des Bayerischen Rundfunks, Franz Schönhuber, die neue Partei der „Republikaner“, wobei nicht bekannt ist, ob sie bei der Namensgebung bewusst ihre USA-Treue herausstellen wollten. Doch Theo Waigel, nach dem Regierungswechsel 1982 neuer CSU-Landesgruppenvorsitzender in Bonn und Insider der CSU-Entwicklung, sah in allem eine „Kontinuität des Denkens“. Denn Franz Josef Strauß habe schon in den 1960er-Jahren eine Milliardenzahlung vorgeschlagen, falls sich die Sowjetunion aus der DDR zurückzöge. Mit der Gewährung von Krediten konnte man also Forderungen stellen oder Abhängigkeiten basteln, war sich Strauß sicher. Die Spekulation auf den absehbaren Untergang der DDR war nicht bloß bei Strauß beliebt.

In der Tat hatte die DDR-Politik Mitte der 1970er-Jahre im Zuge der von SPD/FDP erdachten „Entspannungspolitik“ damit begonnen, für im Westen gewährte Devisen-Bankkredite auch erhöhte Importe zu beziehen. Das führte aber auch zu einem Negativ-Saldo im gesamten Westhandel. Man brauchte zur Refinanzierung der angestiegenen Tilgungsraten und Weltmarktzinsen weitere

Devisen-Kredite. Es erging der DDR nicht anders als auch Polen oder Ungarn. Ab 1981 wollten schließlich westliche Banken der DDR keine neuen Kredite zur Finanzierung von Importüberschüssen mehr geben. Es kam dazu, dass westliche Firmen die Preise diktieren konnten, zu denen sie bereit waren, Produkte aus DDR-Betrieben zu vermarkten. Da die DDR auch nicht mehr genug Öl aus Moskau bekam, auch weil die OPEC-Preise den Ölmarkt durcheinanderbrachten, stand die „Deutsche Demokratische Republik“ am Rand der internationalen Zahlungsunfähigkeit. Eine generelle Investitionsschwäche der DDR gab es nicht. Die Zahlungsunfähigkeit aber blieb als drohendes Schwert über der DDR. Man erholte sich auch wieder, so dass es den „Strauß’schen Milliardenkredit“ nicht unbedingt gebraucht hätte. Dieser diente dann aber als Türöffner bei den privaten Banken und trug, durch die parteipolitische Ausweitung, auch zu einer weiteren Verminderung der „innerdeutschen Verkrampfung“ bei.

Übrigens: Der deutsche Steuerzahler wurde durch den Strauß’schen Kredit nicht belastet. Auf diese Feststellung legte auch Strauß selbst großen Wert. Auch von der Bayerischen Landesbank ist nicht bekannt, dass sie an den Spätfolgen der Transaktionen untergegangen wäre. Den endgültigen Untergang der DDR aber erlebte Strauß nicht mehr, er verstarb plötzlich im Oktober 1988. Was er erlebte, war die Konsequenz aus dem weiteren Kredit der Bundesregierung vom 25. Juli 1984. Denn da wurden erneut knallhart humanitäre Maßnahmen eingefordert, die von Ausreiserleichterungen und Familienzusammenführungen bis zum Abbau der Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze reichten.

In der Tat gelangten vermehrt „DDR-Deutsche“ in den Genuss von Besuchsreisen in die Bundesrepublik. Weil diese aber „bezuschusst“ werden mussten, verursachten sie erneut Ärger bei der einheimischen Bevölkerung. Ich erinnere mich noch gut an eine Versammlung in Pocking, bei der ich wegen der Strauß-Politik Rede und Antwort stehen musste (es kam ja auch noch das bei den bayerischen Bauern angefeindete „DDR-Bullen-Geschäft“ dazu) und bei der plötzlich Deutsche aus der DDR ins Gespräch eingriffen und Strauß herzlich dankten, weil sie ihre Verwandten hatten besuchen können. Da verstummten die Angriffe. Dass damals auch vermehrt Ausreisewünsche berücksichtigt wurden, dies aber nicht nur Strauß zugutegehalten werden durfte, erlebte ich persönlich durch eine Intervention beim österreichischen

Bundeskanzler Bruno Kreisky. Auch dieser hatte bei offiziellen Besuchsreisen nach Ost-Berlin Listen mit Ausreisewünschen dabei – einmal hatte ich in diese eine junge Familie aus Zittau hineinschmuggeln können. Denn mein Parlamentskollege aus dem nahen Schärding, Dr. Zittmayr, hatte, trotz damals noch bestehender Neutralität Österreichs und trotz unterschiedlicher Partei, meine Petition an seinen Parteichef und Bundeskanzler befürwortend weitergereicht. Es gehörte zum guten Ton, „humanitäre Listen“ vorzulegen, zu prüfen und zu erfüllen – falls das Gegengeschäft zustandekam. Das war übrigens auch mit den ungezählten Ausreisewünschen der Deutschen aus Rumänien der Fall. Als Vorsitzender der deutsch-rumänischen Parlamentariergruppe in den 1980er-Jahren erlebte ich diese Konsequenz sogar im Angesicht von Diktator Nicolae Ceausescu.

Fazit

Schon in den 1960er-Jahren gab es rege Wirtschaftsbeziehungen privater Art zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Bereits 1980 hatte es einen „Milliarden-Kreditwunsch“ gegenüber Helmut Schmidt gegeben. Die Regierung Kohl-Genscher sah sich in der Kontinuität ihrer Vorgängerregierung, auch was das Verhältnis zur DDR betraf. In außenpolitische Fragen ließ sich Helmut Kohl nur ungern von Franz Josef Strauß dreinreden. Oberflächlich betrachtet gab es einen „Überraschungs-Coup“ durch Strauß, aber so ungewöhnlich war er nicht. Humanitär und kapitalistisch, das waren oft die beiden Seiten derselben Medaille. Strauß verbreiterte die deutschlandpolitische Komponente der CSU durch seinen Coup und verstärkte diese in den folgenden Jahren. Die menschenverachtenden Machthaber im „Ostblock“ mussten immer öfter Lockerungen im „Grenzwall“ akzeptieren. Den Mauerfall 1989 erarbeiteten sich viele, von der deutschen Bevölkerung in der DDR über die Freiheitsbewegungen in Polen oder Ungarn bis hin zu politischen Köpfen im Westen, wozu auch Reagans berühmte Rede an Gorbatschow oder die „neue Politik“ von Franz Josef Strauß beitrugen. Doch niemand kann von sich behaupten, dass er ganz bewusst und gezielt auf den Mauerfall hingearbeitet hätte. Da kamen zahlreiche „Unwägbarkeiten der Geschichte“ hinzu. Dass der Milliardenkredit die Existenz der DDR verlängert haben könnte, kann jedoch auch niemand behaupten oder gar beweisen.